

blick nach rechts

G 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 14. Jahrgang Nr. 14 9. Juli 1997

→ **Umtriebe in der Heide** Seite 2

Auch in diesem Jahr konnte das braune Spektakel in Hetendorf nahe Celle trotz erstinstanzlich er-
gangenen Verbots stattfinden. Eine Kommune versuchte, die Sonnenwendfeier mit Hilfe der Kompost-
verordnung zu unterbinden. Hannover will dem neonazistischen Treiben endgültig ein Ende setzen.

→ **Nationalisten- Gewerkschaft** Seite 4

Der „Deutsche Arbeitnehmer-Verband“ ist eng mit der rechtsextremistischen NPD
verbandelt. Zu Felde gezogen wird gegen Kapital und Ausländer.

→ **Neue „Neue“ Rechte** Seite 6

Die sich selbst als denkende Elite der extremen Rechten verstehende Strömung setzt zunehmend auf
bioregionalistische Konzepte. Der Nation wird als Produkt der Moderne eine Absage erteilt. Im Zen-
trum der Überlegungen steht ein Europa mit seinen Völkern und Stämmen.

→ **Ein „Bubenstück“** Seite 8

Trotz katastrophaler Haushaltslage hat die Koalitionsmehrheit im Bundestag der Ein-
richtung einer Otto-von-Bismarck-Stiftung zugestimmt. Ewige Treue hält dem „Eiser-
nen Kanzler“ auch der ultrarechte „Bismarckbund“ der sich regelmäßig am Ort des Mau-
soleums trifft.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin
Telefon 030/25 99 16 41, Fax 25 99 16 54

Mit der Kompostverordnung
gegen Neonazis

Braunes Treiben in der Heide

Hetendorf, ein 200-Seelen-Dorf im Landkreis Celle, ist bundesweit bekannt – als Sitz eines Schulungszentrums von Neonazis. Auch in diesem Jahr pilgerten wieder Rechtsextremisten und Gegendemonstranten zum Gelände in der Nähe des KZ Bergen-Belgen. Hoffentlich zum letzten Mal – wie sich die Bürger vor Ort wünschen.

Für gehobene Verwaltungsbeamte war es eine schwache Vorstellung: Zwar hatten sie sich viel Mühe gegeben, 800 Seiten Material in zwei Wochen bewältigt, eine 25seitige Verbotsverfügung verfaßt und zugestellt. Doch es war nicht genug, sie allein an den „Neonazi in Anwaltsrobe“ (Die Zeit), Jürgen Rieger in Hamburg, zuzustellen. Denn der „Stارانwalt der braunen Szene“ organisiert zwar alljährlich das Spektakel in der Lüneburger Heide (vgl. BNR 12 u. 13/97), um das es hier geht, doch offiziell veranstalten es Vereine, also juristische Personen: „7. Hetendorfer Tagungswoche vom 14.6. bis 22.6.97. Gestaltet von Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V., Familienwerk e.V., Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V., Heide-Heim e.V., Nordischer Ring e.V. und Northern League“, so stand es in der Einladung, die auch dem Niedersächsischen Innenministerium und dem Landkreis Celle als zuständiger Verwaltungsbehörde vorlag. Kreisrat Gerhard Probst handelte konsequent: Rieger ist bei vier Vereinen Vorsitzender, beim fünften Vorstandsmitglied und der sechste ist seiner Behörde nicht bekannt. Also reiche es, allein dem eigentlichen Organisator und Versammlungsleiter die Verbotsverfügung zuzustellen, eben Jürgen Rieger. Das Verwaltungsgericht sah das genauso, lediglich die Richter des Oberverwaltungsgerichtes in Lüneburg empfanden den braunen Multifunktionsär allein als den dann doch falschen Adressaten.

War es der Zeitgeist, in welchem die Richter urteilten, wie die Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete Anna Bruns (GAL) mutmaßte? Schließlich

ließen sie die lange Liste der im vergangenen Jahr während der sechsten „Hetendorfer Tagungswoche“ begangenen Straftaten völlig außer acht, auch, daß in diesem Jahr die gleiche Klientel anrücken würde. Der SPD-Kreistagsabgeordnete Peter Buttgerit befürchtet, daß die Richter „im nächsten Jahr einen anderen Trick finden“, um den rechten Aufmarsch durchzubringen. „Die waren einfach zu faul, die Akten zu lesen“, formulierte der Lokalpolitiker scharf.

Die Akten nicht gelesen?

Tatsächlich führte man in „Hetendorf 13“ fast das gleiche Stück wie im vergangenen Jahr auf. Wolfgang Juchem, der im Vorjahr die Juden in Amerika als „beutegieriges Element“ bezeichnete, referierte diesmal über „Deutschland im Würgegriff der Eurokraten“. Die ehemalige BdM-Führerin Gertrud Herr, die den Nationalsozialismus verherrlicht und KZs verharmlost, referierte zu „Fragen, die junge Menschen von unserer Generation beantwortet haben wollen“. Voll im Trend lag Jürgen Rieger mit seinem Vortrag über „Die skandalöse und verlogene Wehrmachtsausstellung des Remetsma“. Auch Referenten wie Gerhard Seifert, Dr. Wielant Hopfner, Prof. Dr. Helmut Schröcke oder Prof. Dr. Klaus Weinschenk sind einschlägig bekannt.

Geschützt durch die eigene im vergangenen Jahr aufgestellte „Schutztruppe“ mit Thomas Wulff, ehemaliger Vorsitzender der verbotenen Hamburger „Nationalen Liste“ (NL), und anderen „bewährten Kameraden“, konnten die Veranstaltungen samt „Arbeitseinsatz (ganztäglich)“ fast ungestört ablaufen. Die verummten Hetendorfer Schläger hatten 1996 ein Kamerateam mit Leuchtspurmunition beschossen, zwei Gegendemonstranten verprügelt sowie einen Traktor und ein Leichtkraftrad demoliert. Außerdem kam es zu Straftaten wie Volksverhetzung sowie Verwendung von Abzeichen von und Propaganda für verfassungswidrige Organisationen.

Deutsches Liedgut aus krächzenden Kehlen

Am ersten Tagungswochenende hatten sich 50 überwiegend junge Neonazis eingefunden, die Aus- und Umbauten an den vier Häusern vornahmen. Eine Demonstration von 200 Antifaschisten wurde beobachtet und fotografiert. Auch wenn die „Schutz-

truppe“ auf dem Gelände mit Knüppel herumrennen konnte, wurden Anreisende von der Polizei gefilzt. Beile, Messer, Baseballschläger, Gaspistolen und ähnliches wurden von der Polizei sichergestellt. Rechtsanwalt Rieger wollte die Durchsuchungen stoppen, scheiterte jedoch vor dem Verwaltungsgericht. Frank Rennie hatte dort mehr Glück: Nachdem die Polizei ihn mit einem Platzverweis nach Hause geschickt hatte, durfte der rechtsextremistische Barde das Gelände per Gerichtsbeschluß dann doch betreten.

Rund 500 Antifaschisten versuchten mit einer „lautstarken Demonstration“ die diesjährige „Sonnenwendfeier“ mit 210 Teilnehmern zu stören. Die Gemeinde Hermannsburg hatte sich zunächst bemüht, das Feuer mit Hilfe der Kompostverordnung zu verbieten, doch das Verwaltungsgericht gab der germanischen Brauchtumpflege statt. Zu deutschem Liedgut aus krächzenden Kehlen, untermalt mit Trillerpfeifen und Rasseln der Gegendemonstranten, brannte eine halbe Stunde lang das Feuer. Fotografen und Kameraleute wurden mit Ta-

schenlampen geblendet, wer dem Zaun zu nahe kam, wurde angespuckt.

Zu Ausschreitungen kam es in diesem Jahr nicht. Die Kontrollen der Polizei und die massive Präsenz der Beamten erfüllten ihren Zweck. Während Lokalpolitiker und örtliche Initiativen die Schließung des Neonazi-Zentrums forderten, scheint man auch in Hannover langsam keine Lust mehr auf das braune Treiben in der Heide zu haben. „Hetendorf wird weiterhin zentrales Thema sein. Wir werden daran arbeiten, daß dies die letzte Tagungswoche war“, verkündete der Pressesprecher des Niedersächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Rüdiger Hesse, vollmundig auf einer Podiumsdiskussion in Hermannsburg. Derweil versuchen Sozialdemokraten und Grüne in Hannover und Hamburg, dem in Hamburg ansässigen Trägerverein „Heide-Heim e.V.“ die Gemeinnützigkeit entziehen zu lassen. Während dies beim namensgleichen Förderkreis mit Sitz in Buchholz in der Nordheide schon geschehen ist, sind Spenden an die Hamburger steuerlich absetzbar. Hoffentlich nicht mehr lange.

Klaus-Peter Cybala

Rechtslastiger Publizist vor Gericht gescheitert

Zulässige Meinungsäußerung

Gerhard Löwenthals Erwähnung in einem Schaubild „Das rechtsextremistische Netzwerk“ ist nach Auffassung des Oberlandesgerichts Köln kein zum Schadensersatz verpflichtender Eingriff in das Persönlichkeitsrecht des früheren ZDF-Moderators.

Löwenthal hat damit in zweiter Instanz eine Klage gegen den Verlag an der Ruhr verloren, der in dem „Projekthandbuch: Gewalt und Rassismus“ der Autoren Ralf-Erik Posselt und Klaus Schumacher auf seine Rolle als Vorsitzender des Kuratoriums der „Konservativen Aktion“ (Joachim Siegerist) bzw. im Herbst 1987 als deren stellvertretender Vorsitzender hingewiesen hatte. In einem als „Das rechtsextremistische Netz in Deutschland“ überschriebenen Schaubild - von „Patrioten“ über DVU und REP bis zur NPD, HIAG und NSDAP/AO - war unter Organisationen aus dem rechten Lager auch die „Konservative Aktion“ abgebildet. Wie das Gericht ausführte, habe Löwenthal

„durch die Art seines persönlichen Auftretens und seines Kampfstyles die Kritik selbst herausgefordert“ und Veranlassung gegeben, „sich mit seiner Person zu befassen“, denn er müsse sich seine wichtigen Funktionen in der „Konservativen Aktion“ zurechnen lassen. Zumal habe deren stellvertretender Vorsitzender Siegerist „nach dem eigenen Vorbringen des Klägers (Löwenthal) rechtsextremistisches Gedankengut vertreten“. Gleiches gelte für seine, Löwenthals, Veröffentlichungen in „Criticon“ und „Junge Freiheit“. Die Zuordnung des Klägers zum rechtsextremistischen Netz sei somit eine zulässige Meinungsäußerung, zumal die Beklagten auch keine Aussage etwa des Inhalts gemacht hätten, daß und wie Löwenthal mit den anderen im Schaubild genannten Organisationen zusammenarbeitete. Das Gericht widersprach der Auffassung Löwenthals, die Autoren hätten einen Hinweis dazu bringen müssen, daß Löwenthal ein „von den Nazis verfolgter Jude“ sei, der selbst von der Gestapo inhaftiert war und dessen Familie zum größten Teil in Konzentrationslagern umgekommen ist. Niemand habe ihn selbst in „unmittelbare Nähe zu den Nationalsozialisten und den von ihnen begangenen Verbrechen gerückt“.

(OLG Köln 15 U 129/96-LG Köln 553/95)

Gegen Kapitalismus
und Ausländer

Gewerkschaft für Nationale

Ein rechtsextremer Verband will die Interessen von deutschen Lohnabhängigen vertreten. In jüngerer Zeit verstärkte sich auch seine antikapitalistische Rhetorik.

Der 1952 gegründete „Deutsche Arbeitnehmerverband“ (DAV) versteht sich selbst als Interessenvertretung von Arbeitnehmern und steht parteipolitisch der NPD nahe. Rund 5.000 Mitglieder, nach Eigenangaben sollen es gar 20.000 sein, gehören dem DAV an. Amtierender DAV-Vorsitzender ist seit 1994 Kurt Stuhlemmer (71) aus dem niedersächsischen Calberlah (Kreis Gifhorn), sein Stellvertreter ist Peter Markert (53) aus Bochum. Beide sind als Funktionäre und Bundestagskandidaten der NPD in Erscheinung getreten. Lothar Ehrlichmann, Schriftleiter und Pressereferent des DAV aus Dortmund, kommt von der nationalneutralistischen „Deutsch Sozialen Union“ Otto Strassers, die Mitte der 50er Jahre gegründet worden war. Der DAV inseriert nicht nur regelmäßig in der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“, sondern auch in anderen rechtsextremen Periodika.

Die Gründung des DAV erfolgte 1952 in Marl/Westfalen als „Verband der Bergmannsversorgungsschein-Inhaber“ (BVSI-Inhaber) und galt als der „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) nahestehend. 1960 wurde die braungefärbte Organisation in „Bergarbeiterverband“ (BAV) umbenannt. Seit 1972 firmiert die rechte Interessenvertretung als „Deutscher Arbeitnehmerverband“, erster Vorsitzender wurde Kurt Holler. Bereits in den 70er Jahren unterstützte die NPD die „nationale Gewerkschaft“ gegen Kritik aus dem DGB. Als Organ des DAV erscheint die „Deutsche Arbeitnehmer-Zeitung“ (DAZ) zweimonatlich in einer Auflagenhöhe von 7.000 Exemplaren, so der Verfassungsschutzbericht von Nordrhein-Westfalen. 1992 wurde der DAV dann amtlich als rechtsextremistisch eingestuft. Ausschlaggebend war die 5. Generalversammlung vom November 1992 in Waltrop (Kreis Recklinghausen). Der damalige nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor (SPD) kritisierte die Versammlungsergebnisse. „Die dort einstimmig angenommene

Grundsatzerklärung weist Übereinstimmungen mit rechtsextremem Gedankengut auf. Darin wird die Bundesrepublik mit der alten DDR gleichgestellt und als ‘menschenverachtend, inhuman, marode’ und als ‘auslaufendes Modell’ diffamiert und eine Forderung aus dem NSDAP-Programm von 1920 erhoben.“ Von den 21 in den Hauptvorstand gewählten Personen waren sieben zuvor im rechtsextremistischen Bereich in Erscheinung getreten. In Nordrhein-Westfalen gehören rund 4 000 Mitglieder dem DAV an. Seit 1993 wird der nichttariffähige Verband bundesweit vom Verfassungsschutz beobachtet.

„Blut ist ein besonderer Saft“

In Nordrhein-Westfalen werden auf Vorschlag des „Deutschen Arbeitnehmerverbandes“ ehrenamtliche Richter bei den Arbeits- und Sozialgerichten vom Präsidenten des Landessozialgerichtes bestellt. Zwei besonders spektakuläre Fälle waren in den vergangenen Jahren der ehemalige Führer der verbotenen „Wiking-Jugend“, Wolfgang Nahrath (68), und Peter Markert, damaliger Landesvorsitzender der nordrhein-westfälischen NPD. Markert wurde aufgrund rassistischer Äußerungen („Denn das Blut der Deutschen ist ein besonderer Saft und unterscheidet sich gründlich von übelriechendem Schleim“) ebenso wie das NPD-Bundesvorstandsmitglied Nahrath von seinem Ehrenamt suspendiert. Die meisten der insgesamt 14 ehrenamtlichen DAV-Arbeits- und Sozialrichter in Nordrhein-Westfalen gehörten der NPD als Mitglieder, Funktionäre und Wahlkandidaten an. Der DAV durfte sein Vorschlagsrecht nach einem Gang vor dem Bundesverfassungsgericht auch behalten (Az.: 1 BvR 2071/94). Die Karlsruher Richter entschieden im Februar 1995 zugunsten des DAV.

Bei der letztjährigen Generalversammlung des rechten „Arbeitnehmerverbandes“ war Alfred Mechtersheimer als Grußredner zugegen. Im Gegenzug wurde die bundesweite Anzeigenkampagne des „Friedenskomitee 2000“ begrüßt, die alle Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien zum Verlassen der Bundesrepublik auffordert. „Nach Auffassung der Delegierten der 6. Generalversammlung des DAV darf auch nicht länger kritiklos zugeesehen werden, wie einerseits den einheimischen Leistungserbringern, Rentnern und Sozialhilfeempfängern soziale Leistungen gekürzt werden, während andererseits Milliardensummen (...) an ehemalige Kriegsflüchtlinge und Asylbewerber (...) ausgegeben werden.

Antikapitalistische Rhetorik

Die DAV-Bundesgeschäftsstelle ist im westfälischen Marl (Kreis Recklinghausen) ansässig. Daneben wird über eine Postfachadresse im nordbadischen Mannheim Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Der Verantwortliche Johannes Schwefel ist „Nationaldemokrat“ und fungierte als Kreisvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten“ und der NPD in Mannheim. 1990 kandidierte Schwefel in Mannheim für die NPD zur Bundestagswahl. Im darauffolgenden Jahr trat er als Obmann der neonazistischen Kleinstorganisation „Bund Nationaler Jugend“ auf. Desweiteren wurde Schwefel 1994 in den „HNG-Nachrichten“ der braunen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ als säumiger Beitragszahler aufgeführt. Anzeigen für den DAV („In unseren Reihen finden sich Studenten, Auszubildende, Angestellte und Arbeiter zum bundesweit organisierten Widerstand gegen linke Gewerkschaften vereint“) gab Schwefel in den zurückliegenden Jahren auch in der „Jungen Freiheit“ auf. Ebenso findet die „einzige nationale Gewerkschaft in Deutschland“ in rechtsextremistischen Periodika wie „Nation+Europa“, „Europa Vorn“ sowie der

neonazistischen „Berlin-Brandenburger-Zeitung“ seit Jahren starke Berücksichtigung.

Die Strukturkrise der bundesdeutschen Ökonomie dient dem „Arbeitnehmerverband“ als Plattform für seine Agitation. Dabei bedient man sich einer antikapitalistischen Rhetorik („Weg mit dem unsozialen Kapitalismus, für die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und sozialem Unrecht“. Tatsächlich orientiert sich der DAV hier an der üblichen Kritik der extremen Rechten. Der Zins wird als Ursache („Systemfehler“) der wirtschaftlichen Probleme identifiziert. Neu kommen die Ablehnung der europäischen Einigung und der Maastrichter Verträge hinzu. Ziel ist ein nationalrevolutionärer Dritter Weg. „Der DAV strebt die Beseitigung der durch den totalitären Marxismus und den radikalen Liberalkapitalismus gleichermaßen verursachten sozialen Ungerechtigkeiten und volkswirtschaftlichen Verwerfungen im geeinten Deutschland durch grundlegende Reformen an“. Ähnliche Positionen verfolgt die NPD. Seit der Wahl von Udo Voigt (45) zum Bundesvorsitzenden der „Nationaldemokraten“ im vergangenen Jahr steht die soziale Frage stärker im Vordergrund der Parteiarbeit. Die Zusammenarbeit zwischen der Führung des DAV und der NPD, so steht zu erwarten, wird sich noch einvernehmlicher gestalten.

Sönke Braasch

Bekennende Neonazis

Das Landgericht Schwerin verurteilte im Juni den Rädelsführer des Skinhead-Überfalls auf das Jugendzeltlager am Plauer See vom Sommer vergangenen Jahres zu zwei Jahren Haftstrafe (vgl. BNR 13/97). Der 22jährige Sven Krüger aus der Nähe von Wismar ist allerdings bereits schon vorher strafrechtlich wie auch mit seiner politischen Einstellung einschlägig in Erscheinung getreten. Der bekennende Neonazi - er hat sich SS-Runen auf die Handknöchel tätowieren lassen - verbüßt zur Zeit eine Haftstrafe in der Justizvollzugsanstalt Bützow. Das Vorstrafenregister weist bei Krüger schweren Landfriedensbruch, Raub und gefährliche Körperverletzung auf. Krüger feierte 1992 Hitlers Geburtstag in dem kleinen Dorf Jamel und hatte dabei über 50 Gesinnungskameraden eingeladen. Dem Vater wird von Beobachtern eine ähnliche Gesinnung nachgesagt. Dieser war wohl 1992 auch der Drahtzieher für das damalige Neonazitreffen. Ein Kreis um Krüger attackierte und belagerte 1992 zu-

dem ein Nachbarhaus über mehrere Stunden. In den Folgejahren machte Krüger dann 'mal Jagd auf vermeintlich Linke, 'mal auf Vietnamesen - wenn er nicht gerade hinter Gittern saß.

Freigesprochen vor dem Schweriner Landgericht wurde Andre Schwelling aus Henstedt-Ulzburg. Schwelling gehört zur „Patriotischen Jugend“ mit engen rechtsextremistischen Verbindungen zum Aktivistenkreis um Thomas Wulff („Steiner“) aus Hamburg, einst Vorsitzender der inzwischen verbotenen „Nationalen Liste“. Der 24jährige beteuerte in dem Prozeß, er habe die Aktion in seinem Zelt „verschlafen“. Eine Beteiligung konnte ihm im Verfahren nicht nachgewiesen werden. Zur Sprache kam aber sein politisches Wirken. Bei seiner Festnahme vor Ort hatte er einschlägiges neonazistisches Propagandamaterial bei sich, darunter u.a. Unterschriftenlisten zur Solidarität mit nationalen politischen Gefangenen. Krüger saß im übrigen eine Woche nach dem Urteil des Schweriner Landgerichts schon wieder vor dem Kadi: Ein Berufungsverfahren, das von ihm angestrengt wurde, wegen einer gefährlichen Körperverletzung.

Horst Freires

Weltmacht Europa

Die neue „Neue“ Rechte und die alte „Neue“ Rechte schließen ein Kooperationsabkommen

Bei einem Wochenendtreffen Ende März zum 25jährigen Bestehen der Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft (DESG) haben diese und der 1995 gegründete deutsche Ableger des „neu“rechten Netzwerkes Synergies Européennes, „Synergion“ genannt, eine enge Kooperation beschlossen. Auch die Redaktion des „Jungen Forums“ soll um jüngere Kräfte ergänzt werden. Sowohl die „artverwandten Ideen“ als auch die Arbeitsmethoden legten eine Arbeits- und Denkgemeinschaft nahe, erklärte Gunnar Thümen, Pressesprecher von Synergion. Damit ergibt sich eine Verknüpfung der Restbestände der nationalrevolutionären Strömung der 60er/70er Jahre mit dem Teil der intellektuellen jungen Rechten, der sich als systemoppositiv begreift, den Weg in die Niederungen der Parteipolitik nicht gehen will und sich als denkende Elite der extremen Rechten versteht.

Die denkende Elite

Die DESG war 1972 als Nachfolgerin der Sababurgunden entstanden, die mit dem Kurs der NPD unzufriedene, vorwiegend jüngere Kräfte zur Debatte zusammenführten. Motor dieser Treffen war der Arbeitskreis Junges Forum, der schon vor Gründung der zunächst erfolgreichen Wahlpartei NPD nach Inhalten und Strategien jenseits von NS-Nostalgie und deutschnationalem Konservatismus suchte. Leitbilder dabei waren vor allem der Solidarismus Otto Strassers und die Nationalrevolutionäre der Weimarer Republik. Die Verdienste dieser Fraktion hob Synergion-Präsident Marc Lüdgers bereits vor einiger Zeit gebührend hervor: „Man muß ... die Bemühungen der Nationalrevolutionäre der siebziger Jahre anführen, die die Intelligenz und den Mut besessen haben, die ersten Brücken zwischen den zeitgenössischen wissenschaftlichen Erkenntnissen und einer alternativen Weltanschauung zu schlagen. Wenn man in der Rechten hier und da einige Modernisierungen des Diskurses erkennen kann, dann ist es diese kleine Schar kühner Ideologen, denen man es verdankt.“ Doch die Kämpen der DESG sind in die Jahre gekommen, die Aktivitäten der Kader des Solidaris-

mus haben sich spürbar verringert. Hatte die Gruppierung in ihren Anfangsjahren noch durch die Erschließung neuer Themenfelder wie der Ökologie und des Regionalismus oder durch die Errichtung des Konstrukts „Ethnopluralismus“ innovativ gewirkt, so versandete diese Schubkraft zunehmend. Die nach dem Zusammenbruch der DDR etablierte „Denkfabrik Europa der Völker“, eine Art Wiederbelebung der Sababurgunden, ist wieder sanft und nahezu stillschweigend entschlafen. Nur noch die seit 1964 erscheinende Zeitschrift „Junges Forum“ greift weiterhin Themenstellungen auf, die – zumindest für Deutschland – neue Denkansätze bringen.

Bioregionalismus als Konzept

So versammelt die jüngste Ausgabe unter dem Thema „Das andere Europa“ Aufsätze, die im Unterschied zum in Deutschland üblichen Herangehen Europa nicht von der Nation her, als deren Verlängerung und Vergrößerung betrachten, sondern in einer dritten Weltmacht Europa bzw. Eurasien ein Ziel an sich sehen, dem die Nationen untergeordnet sind. Europa steht im Zentrum der Überlegungen; Völker und Stämme als „biologische Gegebenheiten“ sind wichtiger als die der Veränderung unterworfenen politischen Größen Nation und Staat. Die Nation ist ein Produkt der auf der Französischen Revolution und der Aufklärung beruhenden Moderne und damit von ihrem Ursprung her suspekt. Ein europäisches Reich dagegen mit dem Imperium Romanum und dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation als Vorbild weist genau diejenigen Eigenschaften auf, die man selbst anstrebt. Wie in der aktuellen Ausgabe des „Jungen Forums“ stand auch bei der ersten Sommeruniversität der Gruppe die Debatte um unterschiedliche Europakonzeptionen im Vordergrund.

War die erste Generation der deutschen Nationalrevolutionäre noch auf die Nation fixiert, so zeigt sich bei den Bereichen Europapolitik und Ökologie die beginnende Konvergenz der jüngeren Generation der deutschen „Neuen“ Rechten und ihrer europäischen Verbündeten. In Italien z.B. sind bioregionalistische Zeitschriften wie „Tellus“ oder „Frontiere“ ebenso seit langem in das „neu“rechte Geflecht eingebunden wie „triskel“ in Spanien und in Frankreich „Le Recours aux Forêts“. Dort griff die Strömung um Alain de Benoist bereits vor Jahren diesen Ansatz in ihren Zeitschriften „Krisis“ und „Eléments“ auf. Auch bei der diesjährigen Sommeruniversität der Synergies Européennes

ist eines der Schwerpunktthemen „Ökologie und Geophilosophie“.

Absage an die Nation

In Deutschland haben diesen Ansatz vor allem die „Unabhängigen Ökologen Deutschlands“ (UÖD), ein „neu“rechtes Spaltprodukt der ÖDP, konzentriert weiterentwickelt. Hier flossen zugleich auch die regionalistischen Gedankengänge Henning Eichbergs ein, der für eine „Balkanisierung“ Europas plädiert. Statt der Nation stellen die UÖD die Stämme in den Mittelpunkt, die in ihrer Vielfalt wiederum das Volk bilden.

Im Februar 1997 führten die UÖD ihr Bundestreffen unter dem Motto „Das zarte Grün der Heimat. Gedanken zum Bioregionalismus“ auf der Jugendburg Ludwigstein durch. Dort redete auch Haimo Schulz-Meinen, Begründer der deutschen Sektion von „Earth First“. Anfang 1997 erfolgte außerdem der Beitritt zum bioregionalistischen Netzwerk PLANET DRUM FOUNDATION aus den USA, das Sektionen auch in mehreren europäischen Ländern hat. Ergänzend wirkt u. a. der „neu“rechte Verleger Stefan Ulbrich, ehemaliger Redakteur der „Jungen Freiheit“, nicht nur mit seinem „Arun-Verlag“ und dem „Gaia-Versand“ sondern auch durch Interviews in der heidnischen Zeitschrift „Hag + Hexe“ (2/96) oder durch Artikel in der New-Age-Zeitschrift „Connection“ (4/97). Die erfahrenen Haudegen des Solidarismus der DESG haben zweifellos erkannt, daß mit solchen Ansätzen, die über die bekannten Schemata Herbert Gruhls oder Werner Georg Haverbecks hinausgehen, die Gewinnung neuer Zielgruppen gelingen könnte.

Ein weiteres erfolgrächtiges Thema stellt der Kommunitarismus dar. Einen seiner Hauptvertreter, A. Etzioni, stellt die sonst eher hausbackene „Aula“ ganzseitig vor. Zwei praktische Dinge gefallen den österreichischen „Freiheitlichen“ an der kommunitaristischen Theorie besonders: „Die Sozialhilfe soll gestrichen werden, wenn der Hilfeempfänger nicht bereit ist, gemeinnützige Arbeit zu leisten (...) In den USA hat die Bewegung zahlreiche Bürgerwehren in das Leben gerufen, deren Mitglieder freiwillig und unbezahlt Patrouillen für die Sicherheit ihrer Familien und gegen die Straßenkriminalität gehen.“ (Aula 4/97, S.8) Der Kommunitarismus ist aus der Liberalismuskritik entstanden, oftmals entwickelt von ehemaligen Linken, die nach Wegen aus der Atomisierung der

Gesellschaft suchten, in die der Individualismus als Folgeerscheinung des Liberalismus geführt habe. Dazu Robert Steuckers im Interview mit der „Jungen Freiheit“: „Die Schlüsselbegriffe der Zukunft lauten: Symbiotik, Kybernetik, Synergien, Gemeinschaft, Kommunitarismus, Körperschaft, Bioregionalismus, Ortsgebundenheit usw.“ (12/97, S. 3).

Der Interviewer war für den Interviewten maßgeschneidert. Es handelte sich um Hanno Borchert vom „neu“rechten „Hamburger Kreis“ und Kontaktperson für dessen „Arbeitskreis Grüne Trommel“. Dieser Arbeitskreis kooperiert eng mit den UÖD, die wie die verschiedenen Ländersektionen der Synergies Européennes auf das Gedankengut des Ökologie-Theoretikers Edward Goldsmith, Träger des alternativen Nobelpreises, zurückgreifen. Wie alle „reinen“ Ökologen positioniert er sich nur stillschweigend politisch: 1994 sah er als Referent beim nationalen Kolloquium der „neu“rechten Denkfabrik GRECE in einer ökologischen Gesellschaft „die einzige Alternative“. Die letzte der zahlreichen Buchveröffentlichungen von Goldsmith, „The Way“, hat nunmehr ihren Weg nach Deutschland gefunden und wurde umgehend vom Chefideologen der UÖD, Heinz-Siegfried Strelow, zur „Pflichtlektüre“ erklärt.

Jean Cremet

RECHTSDENKER

„Adolf Muschg ist seit einiger Zeit ein wie nie zuvor beehrter Gast in deutschen Fernsehsendungen, deutschen Zeitschriften und deutschen Zeitungen ... Nun hat diese Anbietung eines Schweizer Schriftstellers an den nördlichen Nachbarn natürlich einen handfesten Grund: In Deutschland verkaufen sich seine Bücher im Vergleich zur kleinen Schweiz um ein Vielfaches zahlreicher. In Deutschland braucht er darum in erster Linie die Verlage, die Kritiker, die Auftritte, die Literaturpreise. Auch Herr Muschg hat nun also den Holocaust als Geschäft entdeckt!“ Christoph Blocher, Politiker der mitregierenden Schweizer Volkspartei, über den Schriftsteller und Literaturprofessor Adolf Muschg, der jüngst einen Essayband mit dem Titel „Wenn Auschwitz in der Schweiz liegt“ veröffentlichte (nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 27.6.1997).

Eine Stiftung nach dem Initiator der Sozialistengesetze

Kostspieliges „Bubenstück“

Die renommierte sozialdemokratische Historikerin Susanne Miller führte im Informationsdienst der „Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten“ (AVS) im August letzten Jahres anlässlich des Plans zur Schaffung einer Otto-von-Bismarck-Stiftung drei Argumente an, die gegen die Einrichtung einer solchen Stiftung sprechen. Miller hielt fest, daß die Gründung des Deutschen Reiches durch drei blutige, von Bismarck manipulierte Kriege ermöglicht wurde, Bismarck im Sozialistengesetz eine zwölfjährige Verfolgung der Sozialdemokraten erwirkte, er ein machtpolitischer, aber kein demokratischer Staatsmann war. Miller treffend: „Obwohl in der Öffentlichkeit wenig beachtet, ist der Plan, eine Bismarck-Stiftung zu schaffen, und seine Begleitumstände keine Bagatelle. Es geht dabei nicht nur um eine erkleckliche Summe öffentlicher Gelder, sondern auch um ein erschreckendes Zeichen von zunehmendem Mangel an demokratischer Kultur in unserem Lande.“

Die Bonner Regierungsparteien ließen sich davon nicht beeindrucken. Einem Gesetzesentwurf (13/3639) von CDU/CSU und FDP, die am 14. November 1994 durch einen Ministerialerlaß von Manfred Kanther (CDU) gegründete bürgerlich-rechtliche Otto-von-Bismarck-Stiftung in eine selbständige Stiftung des Öffentlichen Rechts umzuwandeln, stimmten die Koalitionsfraktionen im Bundestag in dritter und letzter Lesung am 5. Juni zu. Die Kosten für den Beginn der Stiftungstätigkeit werden mit rund 8,5 Millionen DM beziffert (Woche im Bundestag 10/97 – II/284) – haushaltspolitisch ein Skandal. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Uta Tietze-Stecher kritisierte deshalb angesichts „maroder Staatsfinanzen“ die Einrichtung der Bismarck-Stiftung als fünfte Bundesstiftung (die übrigen vier Staatlichen Stiftungen tragen die Namen von Friedrich Ebert, Theodor Heuss, Konrad Adenauer und Willy Brandt) als ein „Bubenstück“.

Ins Rampenlicht der Öffentlichkeit (SPIEGEL, 22/1997) ist im Zuge der Diskussion um die Otto-von-Bismarck-Stiftung auch der Urenkel des ersten deutschen Reichskanzlers, Ferdinand von Bis-

marck (1930 in London geboren), geraten. Bismarck, Autor im „Deutschlandjournal“, dem Organ der ultrarechten „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“, Unterzeichner des „Berliner Appells“ sowie Referent (1983) bei der rechtsradikalen „Konservativen Aktion“, ist seit Jahren Schirmherr des 500 Mitglieder starken, 1981 gegründeten „Bismarckbundes e.V.“. Die Mannen des „Bismarckbundes“, eine Melange von Rechtskonservativen und Rechtsextremisten, treffen sich regelmäßig in Friedrichsruh (bei Hamburg), dem Standort von Bismarcks Museum und Mausoleum. Seit 1983 veranstaltet der „Bismarckbund“ in Zusammenarbeit mit der revanchistischen „Landsmannschaft Ostpreußen“ und der „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ am 18. Januar und am 3. Oktober Gedenkfeiern.

Strammrechte Kameradenriege

Zu den Funktionären, Mitgliedern und Ordensträgern des „Bismarckbundes“, der eng mit dem „Traditionsverband Lützower Jäger von 1813“ und dem rechtslastigen „Ostpreußenblatt“ liiert ist, zählen und zählten u. a.:

Henning Wolff, Mitarbeiter von „Nation+Europa“, der geschichtsrevisionistische Schriftsteller Franz Kurowski (Pseudonym: Volker Kühn), Hartwig Thieme und seine Frau Ursula, beide aktiv beim rechtsextremen „Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e.V.“, Ehrhard Schmidt, der seit Jahren Veteranenreisen organisiert, auf denen sich ehemalige SS-Recken samt Familienanhang in ehemalige Kampfgebiete des 2. Weltkrieges begeben, der 1995 verstorbene Referent im Goebbelschen „Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda“, Hugo Wellems, der einstige REP-Europaabgeordnete Emil Schlee, der Ex-FAP-Funktionär Axel Zehnsdorf, Ulf Kretschmann, einst Aktivist der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS), Walter Fenske, Mitglied der „Stillen Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte e.V.“

Auf der Referentenliste des „Bismarckbundes“ finden sich u. a.: Harald Rüddenklau vom „Neuen Deutschen Nationalverein e.V.“, Robert Hepp, Autor in diversen rechtsextremen Blättern wie „Junge Freiheit“ und „Elemente“, Alfred Schickel, Leiter der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“, der frühere baden-württembergische Ministerpräsident und NS-Marinerichter Hans Filbinger, der neurechte Stratege Karlheinz Weißmann, Stefan Wartisch, Mitbegründer des rechtsextremen „Hamburger Kreises“ und der 1991 durch

Freitod verschiedene Bernard Willms, einer der wichtigsten Theorielieferanten der sogenannten „Neuen Rechten“.

Zu dieser rechten Kameradenriege zählt auch der Geschichtsrevisionist Dirk Bavendamm, der von 1988 bis 1996 als Leiter des Bismarck-Archivs beschäftigt war. Ausgefüllt hat ihn diese Beschäftigung nicht – fand der Bismarck-Archivar Bavendamm doch Zeit für das Schreiben eines Buches mit dem Titel „Roosevelts Krieg 1937–1945 und das Rätsel von Pearl Harbor“ (München 1993). Darin führt er den II. Weltkrieg vor allem auf die Durchsetzung des Machtanspruchs des US-amerikanischen Präsidenten Franklin Roosevelt zurück. Dieser pure Geschichtsrevisionismus ging selbst der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zu weit, die in einer Rezension am 16. März 1994 das vernichten-

de Urteil abgab: „Der Verfasser vertauscht offenkundig Ursache und Wirkung. ... Bloße Unterstellungen werden als >Neuinterpretation< verkauft, ohne daß eine einzige neue Information hinzugekommen wäre.“ Interesse an den absonderlichen „Arbeitsergebnissen“ von Bavendamm bekundete daraufhin die „Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt“ (ZFI), wo Bavendamm als Referent auftreten durfte. Geistig Gleichgesinnte findet Bavendamm ebenso beim Kreis der „Ostpreußenblatt“-Abonnenten. In dieser Wochenzeitung wehlte er im April 1995, „daß es für die Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten nicht einfach war, nach 1945 hierzulande den Respekt für ihre Anliegen zu finden.“ Respekt zollt er deshalb der „streitbaren Selbstbehauptung“ des „Ostpreußenblattes“, die eine „historische Leistung“ sei.

Der Kreis schließt sich.

Anton Maegerle

Braune Porno-Profis

Paris. Bei einem Schlag gegen mutmaßliche Drahtzieher des Geschäfts mit Kinderpornographie wurde in Frankreich Bernard Alapetite (47) festgenommen. Alapetite gehört in Frankreich zu den „braunen Profis im Porno-Business“ (STERN). Er engagierte sich beim neurechten Denkmittel GRECE („Forschungs- und Studiengruppe für die europäische Zivilisation“) von Alain de Benoist, verehrt Hitlers Lieblingsregisseurin Leni Riefenstahl und verhandelte um die Rechte an deren Propagandafilm „Olympia“. Zeitgleich zu der landesweiten Razzia in Frankreich hat in Paris ein Mammutprozeß gegen 71 Angeklagte wegen der Herstellung, des Vertriebs und Kaufs von Kinderpornos begonnen. Einer der beiden Hauptangeklagten ist dabei der 42jährige Michel Caignet, einst intimer Weggefährte des im April 1991 an Aids verstorbenen Neonazi-Medienshowstars Michael Kühnen. Das Bekenntnis von Caignet (zeitweilig Leiter der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“/Auslandsorganisation >ANS/AO<) und Kühnen zur Homosexualität führte 1986 zur Spaltung der neonazistischen Bewegung. In einer Broschüre mit dem Titel „Der Kampf geht weiter“, unterzeichnet von Volker Heide, Michael Swierczek, Ursula Müller, Jürgen Mosler und Thomas Wulff, hieß es: „Schwule sind Verräter am Volk und damit an uns. Wer sich also mit einem Schwulen einläßt oder ihm die Möglichkeit verschafft, sich in unsere Gesinnungsgemeinschaft einzuschleichen, macht sich des Verrats schuldig und ist nicht mehr unser Kame-

rad.“ Auch Gary Rex Lauck (NSDAP/AO) äußerte sich in einem Leserbrief an Kühnentreue („Die Neue Front“, Dezember 1986) zum Streitthema „Nationalsozialismus und Homosexualität“: „Praktisch gesehen habe ich nichts dagegen, mit bewährten Kameraden zusammenzuarbeiten, die in ihrem rein privaten Leben im Schlafzimmer Dinge tun, die ich für widernatürlich halte, vorausgesetzt, daß 1) sie keine Kinder mißbrauchen, 2) sie diese Praktiken weder öffentlich bekannt machen noch gar fördern“.

A. M.

PERSONALIE

Rottach-Egern (Obb.) – Am 20. Juni verstarb Paul Karl Schmidt alias Paul Carell in Rottach-Egern am Tegernsee, seinem Zweitwohnsitz (Erstwohnsitz: Scheeßel in Schleswig-Holstein). Der 1911 geborene Schmidt baute den Nachrichtenbeschaffungsapparat des NS-Reichsaußenministers Joachim von Ribbentrop auf und wurde Chef der Presse- und Nachrichtenabteilung. Nach 1945 arbeitete Schmidt als Journalist, zuerst für den SPIEGEL, danach für das Haus Springer und als Buchautor. Er avancierte zum Bestseller-Autor des Verlagsimperiums von Dr. Herbert Fleißner. Die weltweite Auflage seiner Titel („Verbrannte Erde“, „Unternehmen Barbarossa“, „Die Wüstenfüchse“) liegt bei drei Millionen Exemplaren. Die Ullstein-Verlagsgruppe dankte ihrem Autor Dr. Paul K. Schmidt-Carell in einem Nachruf (Die Welt 27. 6. 97) denn auch für sein erfolgreiches Werk.

Verfassungsschutz in den Ländern

Kein Grund zum Jubeln in NRW

Nach Ansicht des nordrhein-westfälischen Innenministers Kniola geht die größte Gefahr für die innere Sicherheit des Landes vom Rechtsextremismus aus. Zu nennen seien hier insbesondere die „Republikaner“, die sich in aller Stille auf die Bundestagswahl vorbereiten. Sie würden die verbreiteten Ängste vor Arbeitslosigkeit, sozialer Deklassierung und der Währungsumstellung auf den Euro für ihre fremdenfeindliche Agitation in der Maske „des Biedermanns“ nutzen, erklärte Kniola bei der Vorstellung des Landesverfassungsschutzberichts für 1996.

Rückläufig ist laut Bericht die Zahl der in 1996 begangenen fremdenfeindlichen Straftaten mit 15 Prozent auf 551 (1995: 654) Vorfälle. Zurückgegangen sind ebenfalls fremdenfeindliche Gewalttaten auf 97 (139), allerdings waren zwei Fälle der versuchten Tötung zu verzeichnen. Mehr als verdoppelt haben sich indes Gewalttaten aus rechtsextremistischer Motivation auf 38 (14) Vorkommnisse, darunter 13 (3) gewalttätige Übergriffe auf politische Gegner und 6 (3) aus Antisemitismus. Auffällig ist nach wie vor die Altersstruktur der fremdenfeindlichen Straftäter: Von insgesamt 385 ermittelten Tatverdächtigen war die Hälfte (192) älter als 25 Jahre; darunter 145 über 30jährige.

Das rechtsextremistische Potential in Nordrhein-Westfalen insgesamt ist auf 5 470 Personen (1995: 6300) zurückgegangen. Deutlicher Schwund (2.300 gegenüber 3 000 Mitgliedern) ist bei der „Deutschen Volksunion“ des Dr. Frey zu verzeichnen, die in NRW allerdings kaum in Erscheinung tritt. Die „Republikaner“ konnten ihren Mitgliederstand von 1995 (1 700) halten, nachdem sie in den Vorjahren erheblich gebeutelt worden waren. Die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ verfügt nach Einschätzung der Verfassungsschützer über nennenswerte Reste allenfalls in Köln; dort hatte sie sich seinerzeit maßgeblich aus damaligen „Republikanern“ rekrutiert. Die oft totgesagte NPD konnte sich personell stabilisieren (600 Mitglieder) und sieht ihre Zukunft in der Integration des neonazistischen Spektrums, dies gilt insbesondere für die „Jungen Nationaldemokraten“, deren Mitgliederstand sich auf 80 (1995: 40) verdoppelt hat. Neben der „Sauerländer Aktionsfront“ (60 Anhänger) stellen die JN die stärkste und

einflußreichste Gruppierung der sonst locker strukturierten neonazistischen Szene in NRW dar. Die Zahl der rechtsextremistischen Skinheads in NRW liegt unverändert bei 400 Personen, zunehmend seien diese allerdings nicht mehr einfach durch ihr Äußeres zu identifizieren.

Im Visier des NRW-Verfassungsschutzes steht nach wie vor die Wochenzeitung „Junge Freiheit“, die nach amtlicher Einschätzung nach wie vor bemüht ist, ihre extremistischen Positionen zu tarnen bzw. zu verschleiern. Der „intellektualisierte“ Rechtsextremismus soll auch künftig ein Arbeitsschwerpunkt des Verfassungsschutzes bleiben. Leitfiguren wie Franz Schönhuber und Alfred Mechtersheimer würden insbesondere in Publikationen der „Neuen Rechten“, wozu u. a. „Europa Vorn“ oder „Nation+Europa“ gerechnet werden, sich um eine Einigung des rechtsextremistischen Lagers bemühen.

Bedenklich sollte indes ebenfalls stimmen, daß der im VS-Bericht aufgeführten Scientology-Organisation Kontakte zu der ebenfalls erwähnten mitgliederstarken islamistisch-fundamentalistischen Gemeinschaft „Milli Görüs“ nachgesagt werden.

Militante in der Vorderpfalz

Im Bundesland Rheinland-Pfalz waren die rechtsextremistisch motivierten Straftaten - entgegen dem Bundestrend - mit 231 Vorfällen (1995: 338) um rund ein Drittel rückläufig. Geringer geworden ist die Anzahl der fremdenfeindlichen (84:113) und der antisemitischen (28:53) Delikte. Erfreulicherweise ist auch die Zahl der Gewalttaten auf 10 (1995: 25) gesunken. Ebenso waren 1996 lediglich zwei Friedhofsschändungen zu verzeichnen (1995: 5; 1994:10). Der rheinland-pfälzische Innenminister Walter Zuber warnte jedoch bei der Vorstellung des Jahresberichts 1996 vor der Schlußfolgerung, daß die vom Rechtsextremismus ausgehenden Gefahren geringer geworden seien. Neue Erscheinungsformen des Rechtsextremismus wie die autonomen Zirkel erschwerten zunehmend den staatlichen Zugriff. Unter Nutzung moderner Kommunikationsmedien wie Mailboxen und Internet schreite die informationelle Vernetzung auch grenzüberschreitend voran, so der Bericht des Landesamtes.

Das Personenpotential der in Rheinland-Pfalz sich tummelnden Rechtsextremisten ist auf 1 850 (1995:1 950) zurückgegangen. Die „Deutsche Volksunion“ konnte mit 850 Mitgliedern ihren Vorjahresstand halten, die „Republikaner“ verloren rund 100 Mitglieder - trotz ihres relativen Wahlerfolgs

vom März '96 mit 3,6 Prozent. Im Abwärtstrend weiterhin auch die zerstrittene rheinland-pfälzische NPD, die „Jungen Nationaldemokraten“ sind entgegen ihrem bundesweiten Auftrieb kaum mehr vertreten, die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ dümpelt mit 15 Anhängern vor sich hin. Die Zahl der militanten Rechtsextremisten wird wie im Vorjahr mit 100 beziffert. Von den in Rheinland-Pfalz geschätzten 250 Skinheads sind nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes etwa 50 als neonazistisch einzustufen, vornehmlich wohnhaft in den Räumen Kaiserslautern, Koblenz, Trier und Saarbrücken. Im Bereich der Vorderpfalz entwickelt sich seit 1994 ein Schwerpunkt der rechtsextremistischen Skinheadszone mit Verbindungen zu „autonomen Kameradschaften“ nach Baden-Württemberg, in das Saarland und in die neuen Bundesländer. Weiterhin sind etwa 50 überwiegend organisierte Neonazis als gewalttätig anzusehen.

HINWEISE

Dachau – Vom 26. Juli bis 16. August findet das 15. „Internationale Jugendbegegnungszeltlager“ in Dachau statt. Das Zeltlager, das seit 1983 jährlich stattfindet, bietet jungen Menschen im Alter von 15 bis 30 Jahren aus aller Herren Länder Gelegenheit zum Kennenlernen und zum Kommunikations- und Erfahrungsaustausch. In Workshops und Projekttagen sollen die Teilnehmer/innen über historische und aktuelle Probleme diskutieren. Neben einem umfangreichen Informations- und Kreativprogramm werden auch Gespräche mit ehemaligen Häftlingen und Zeitzeugen sowie Führungen durch die KZ-Gedenkstätte angeboten.

Informationen und Anmeldung: Kreisjugendring Dachau, Augsburgs Straße 46, 85221 Dachau, Tel. 08131/79244, Fax. 08131/72398.

Oranienburg – Die Stiftung Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen hat eine Wanderausstellung zum Thema „Jüdische Häftlinge im Konzentrationslager Sachsenhausen 1936-1945“ erarbeitet. Thematisch in vier Abschnitte gegliedert, werden Ursachen und Anlässe der Einlieferung von Juden und deren Schicksal im KZ Sachsenhausen dokumentiert. Bild- und Tondokumente verdeutlichen die verschiedenen Stationen des Leidensweges der Häftlinge. Die Ausstellung, die 56 Schautafeln umfaßt, kann kostenlos ausgeliehen werden.

Info: Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Straße der Nationen 22, 16515 Oranienburg, Tel. 03303-810915, Fax -803718.

Brauchbar sind die im Anhang des Berichts aufgeführten Kurzdarstellungen von Organisationen, genannt werden u. a.: „Deutsche Nationalisten“, „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“, die Organisationen des neonazistischen Vielgründers Ernst Tag „Aktion Sauberes Deutschland“ und „Internationales Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige e.V.“ sowie die 1996 gegründete „Nationale Volksfront“ (N.V.F.).

G. N.

ZWISCHENRUF

Neu-Berliner Kultur

Mit der Kündigung des international hochrenommierten Direktors des Jüdischen Museums in Berlin, Amnon Barzel, ist das unrühmliche Gezerre in der Berliner Senatskulturverwaltung vorläufig beendet. Das Berliner Stadtmuseum steht ohne Organisator und Leiter da, wie da bis zum Eröffnungstermin im Jahre 1998 ein Museum in dem Libeskind-Bau entstehen soll, ist unerfindlich.

Man kann darüber streiten, was mehr empört: Eitelkeit und Ehrgeiz des Generaldirektors der Stiftung Stadtmuseum, Reiner Güntzer, oder Neu-Berliner Provinzialität. Mit bürokratischer Brachialgewalt wurde einem Museum, das die Berliner Kulturlandschaft mit Sicherheit hätte prägen können, noch vor seiner Eröffnung der Garaus gemacht. Nach dem Gezerre um das Holocaust-Denkmal präsentiert sich die Hauptstadt ein weiteres Mal von ihrer spießigsten Seite. Zugegeben, es gab konzeptionelle Divergenzen über das Museums-konzept, auch Barzel war kein einfacher Charakter. Aber die Nacht- und Nebelaktion, in der man Barzel den Stuhl vor die Tür setzte, ohne sich mit der Jüdischen Gemeinde zu Berlin zu verständigen (die Barzel und sein Konzept stützte), zu einem Zeitpunkt, als diese gerade ihren neuen Vorstand wählte, macht das schlechte Gewissen deutlich. Bei aller Vordergründigkeit von Personen und Konzepten besteht nämlich der fatale Eindruck, als sei es vor allem darum gegangen, die deutschen Juden an die kurze Leine zu nehmen. Nicht anders, als wir es seinerzeit beim deutschen Beitrag für das Holocaust-Museum in Washington erleben, scheint es, als wollten die Täter den jüdischen Opfern vorschreiben, wie sie gefälligst ihre Geschichte zu schreiben haben. Im Interesse der Sache bleibt zu hoffen, daß sich ein würdiger Nachfolger bereit findet, sich in die Niederungen des Berliner Kulturbetriebes zu begeben.

KHR

„Und immer noch sehe ich ihre
Gesichter...“

Die ermordeten polnischen Juden

1994 rief die 1988 gegründete und in Warschau beheimatete internationale Schalom-Stiftung, die sich die Aufgabe gestellt hat, die Erinnerung an die jüdische Kultur in Polen vor dem Vergessen zu bewahren und von Golda Tencer, der Direktorin des nach seiner ersten Prinzipalin E.R. Kaminska genannten Staatlichen Jüdischen Theaters geleitet wird, dazu auf, Photographien einzusenden, um das Leben der polnischen Juden vor der Vernichtung zu dokumentieren; denn die „Erinnerungen an die jüdischen Mitbürger sterben mit denen aus, die sie noch gekannt haben“ (Heinrich Böll). Das Echo war überwältigend: 7 000 Aufnahmen trafen ein, aus allen Teilen Polens und aus dem Ausland; viele waren verschlungene Wege gegangen, wurden, wie die sie begleitenden Briefe berichteten, oft unter abenteuerlichen Umständen entdeckt und aufgehoben, aus den Trümmern der Häuser ausgegraben, auf Dachböden gefunden.

„Erinnerungen sterben aus“

300 dieser Bilder sind, zumeist stark vergrößert, bis zum 20. Juli in einer Sonderausstellung im Jüdischen Museum in Frankfurt zu sehen. Der Rundgang ist in sechs Abschnitte gegliedert und mit Überschriften und zumeist lapidaren Begleittexten aus Briefen und Interviews der Einsender versehen; die Aufnahmen hängen in einer düster wirkenden, anthrazitfarbenen Kulisse, die Elemente aus der Architektur des Stätels und der Synagoge aufnimmt, sich aber nie verselbständigt oder vor die Aussage der Bilder drängt.

Sie sprechen ganz unmittelbar für sich: Groß- und Kleinfamilien; immer wieder Kinder; Freundinnen und Freunde; Gruppenaufnahmen aller Art; Straßenszenen – Bilder, entstanden vor dem Zeitalter des raschen Schnappschusses, als die fotografische Aufnahme besonderen Gelegenheiten vorbehalten blieb. Die Porträtierten blicken ruhig und konzentriert, oft mit einer gewissen Feierlichkeit in die Kamera. Sie stammen aus allen Schichten, aus ländlichen und städtischen Bereichen, gehören zu

den verschiedensten Berufsgruppen und lassen ganz unterschiedliche Lebensläufe ahnen. Gemeinsam ist ihnen, daß sie alle vernichtet wurden.

Das Geschenk des Deutschen

Unter der Überschrift „Jeder konnte es sehen“ werden heimlich und mit versteckter Kamera aufgenommene Photographien aus den Ghettos zusammengefaßt. In diesem Abschnitt findet sich auch eine der damals in Deutschland beliebten 3-D-Aufnahmen, die, durch eine Spezialbrille betrachtet, ein räumliches Sehen erlaubten. Sie trägt auf der Rückseite die Inschrift „Die Soldaten des Führers im Felde“ und zeigt einen deutschen Soldaten mit umgehängten Gewehr, der inmitten eines kleinen Ortes einen brennenden Haufen bewacht; der Text fährt fort: „Verwanzte und verlauste Judenbetten werden auf dem Marktplatz in Myslenice verbrannt. Aufnahme: Prof. Heinrich Hoffmann, München.“ – ‘Mein Schwiegervater’ schreibt der Einsender dazu, ‘bekam einen Satz solcher Aufnahmen von einem Deutschen als Geschenk, als er als Zwangsarbeiter in Deutschland war.’

Die Ausstellung erschüttert und bewegt wie kaum eine zuvor; sie zeigt Menschen, die noch nicht einmal ahnen, das ihnen die Zukunft ausnahmslos den gewaltsamen Tod bringen wird; und ein Gefühl der Hilflosigkeit drängt sich dem Betrachter auf wie es wohl auch aus der Widmung spricht, die Heinrich Böll seiner bereits zitierten Spurensuche nach den „Juden von Drove“ vorangestellt hat: „Ich widme diesen Aufsatz dem Gedenken unseres verstorbenen Sohnes Raimund, dem ich nie erklären konnte, was auch mir unerklärlich blieb.“

Die Ausstellung ist in Deutschland nur in Frankfurt zu sehen. Sie geht anschließend ins Holocaust Museum nach Washington und nach Yad Vashem. Unbedingt zu empfehlen ist der in Warschau erschienene Katalog, der bereits in zweiter Auflage vorliegt. Er erreicht fast das Format DIN A 3 und zeigt auf 232 Seiten 454 Photographien. Die zumeist kurzen Texte (abgedruckt werden die Beschriftung auf der Rückseite der Bilder und die Erläuterungen aus den Begleitbriefen) werden parallel in Englisch und Polnisch wiedergegeben. Der Katalog (gebunden DM 85, kartoniert DM 60) ist über das Museum zu beziehen (Untermainkai 14-15, 603111 Frankfurt, Tel. 212-35000, Fax 212-30705).

Theo Meier-Ewert

BÜCHERSCHAU

**Furchtbare
Eliten**

Die eigentliche Elite der NS-Zeit stellten „nicht fanatisierte Gruppenführer, die mit Fackelzügen und Sonnenwendfeiern Blut-und-Boden Romantik inszenierten, sondern die Gebildeten unter deren Verächtern, die auf Rationalität, Modernität und Fortschritt setzten und jetzt ihre Chance erhielten. Diese Elite war prädestiniert, Ideologie in Gutachten, Vorlagen und Richtlinien umzusetzen ohne selbst ideologisiert sein zu müssen“ (S. 8). Von dieser Annahme ausgehend hat der Historiker Götz Aly zwei umfassende Studien zur Vorgeschichte des Holocaust vorgelegt: „Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung“ (1991) (zusammen mit Susanne Heim) und „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden“ (1995). Darin interpretierte er die Massenvernichtung der Juden als Resultat der Planungen einer technokratischen Elite von Bevölkerungswissenschaftlern. Im Zusammenhang mit der langjährigen Beschäftigung mit den damit zusammenhängenden Fragen veröffentlichte Aly vor und nach diesen beiden grundlegenden Werken eine Reihe von meist kleineren Aufsätzen und Essays, die nun in dem Sammelband „Macht, Geist, Wahn“ zusammengefaßt wurden. Sie wollen einen Beitrag zum Verständnis der Denkstrukturen und Verhaltensmuster des Zusammenspiels von Geist und Macht in der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts leisten.

Die 14 Texte beschäftigen sich allerdings nicht nur mit dem Wirken der erwähnten Eliten, sondern darüber hinaus auch mit anderen Aspekten der NS-Vergangenheit: Einem kommentierenden Bericht über das Verfahren gegen Erich Mielke in der „Bülowplatzsache“ folgen Beiträge über verschiedene zeitgeschichtliche Ausstellungen und Museen sowie Reflexionen zur politischen Bedeutung des 9. November. Anschließend liefert Aly journalistische Fallstudien zum Wirken von an Euthanasie-Maßnahmen beteiligten Ärzten sowie von Gehirnforschern und Wehrmedizinern bei Menschenversuchen. Da-

zwischen geschaltet ist ein Text über den Fall Theodor Oberländer, ergänzt von Kommentaren zur politischen Instrumentalisierung des 20. Juli und Reflexionen zur fremdenfeindlichen Gewalt in der Gegenwart. Dem folgt ein ausführlicher Artikel zu zwei Gründungsvätern der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, Werner Conze und Theodor Schieder, die beide, laut Aly, nicht nur als junge Wissenschaftler Sympathisanten des NS-Regimes waren, sondern sich auch als publizistische Planer von gigantischen Bevölkerungsverschiebungen für Osteuropa betätigten. Die letzten Beiträge thematisieren kommentierend Veränderungen der Geschichtsinterpretation bezogen auf die Zahlen der Massenmorde in Auschwitz, Karlheinz Weißmanns Geschichte des Dritten Reiches „Der Weg in den Abgrund“ und Daniel Jonah Goldhagens Buch „Hitlers willige Vollstrecker“. Den Abschluß macht ein Kommentar zum geplanten Berliner Holocaust-Mahnmal.

Zuvor waren die meisten dieser Beiträge in gekürzter Form mit journalistischem Anstrich in Zeitungen erschienen. Aly hat sie hier und da ergänzt und aktualisiert sowie zu neuen Texten zusammengefaßt. Leider werden viele interessante Gedangengänge nur angerissen, aber nicht weiterverfolgt – und zwar immer gerade dann, wenn es um analytisch Interessantes geht. Beispielsweise wenn Aly meint, heute müßten Ernst Noltes „Grundthesen des ‘Europäischen Bürgerkriegs’ (1987)... anders gelesen und diskutiert werden“ (S. 194), ohne auszuführen mit welcher Begründung und Zielsetzung. Doch enthalten die Texte immer wieder anregende, wenn auch meist nicht zu Ende gedachte Überlegungen, sei es zur politischen Bedeutung des 9. November als Erinnerungs- und Feiertag oder zur Differenz zwischen Gesellschaft und Staat als Erklärungsfaktor für Gewalt. Besondere Beachtung verdient darüber hinaus die quellengestützte Darstellung des Wirkens der beiden bekannten Historiker Conze und Schieder im NS-Staat, die innerhalb der Fachwissenschaft sowie in der Öffentlichkeit sicherlich eine kritische Aufmerksamkeit verdient, insbesondere angesichts diesbezüglicher bisheriger Zurückhaltungen der deutschen Historiker.

Armin Pfahl-Traughber

Götz Aly, Macht, Geist, Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens, Berlin 1997 (Argon), 220 S., 39,80 DM.

Tagebuch

Inland

Bad Segeberg/Strelitz – Den Namen „Nordland Netz“ hat sich der abgespaltene Teil des Thule-Netzes, die Mailboxen „Asgard“ (Bad Segeberg), „Elias“ (Ofersheim bei Heidelberg) und „Störtebeker“ (Strelitz, Mecklenburg-Vorpommern) gegeben. „Störtebeker“ ist jedoch seit wenigen Tagen „offline“, dem „Nationalen Infotelefon Mecklenburg“ bzw. der „Nordland-Mailbox >Störtebeker<“ wurde am 16. Juni der Anschluß gesperrt.

Bad Soden-Salmünster – Die „Deutsche Militärzeitschrift“ (DMZ), die im vergangenen Jahr eingestellt wurde (Herausgeber: Harald Thomas), wird jetzt von der „Medien-Marketing GmbH“ (MTM; Sitz: Bad Soden-Salmünster) herausgegeben. MTM ist eine der umsatzstärksten Videoversandfirmen (auch Bücher, CDs, MCs) in der Bundesrepublik. Im MTM-Angebot finden sich Videos wie „Hitlers Bunkeranlagen am Obersalzberg“ oder „Hitler – Der Privatmann“, Bücher wie „Rudolf Heß: Ich beue nichts“ oder „Franz Schönhuber: In Acht und Bann“ und CDs wie „Wenn wir marschieren“ oder „Deutsche Marschmusik“. Vertreten ist auch der neonazistische Liederbarde Frank Rennie mit der MC „Mein Kamerad“. Anzeigen schaltet MTM u.a. in der „Jungen Freiheit“.

Berlin/Hamm – Die rechtsextremen „Republikaner“ werden mit eigenen Landeslisten und Direktkandidaten zur Bundestagswahl im September nächsten Jahres antreten. Dies hat der Bundesvorstand der Partei auf seiner letzten Sitzung am 1. Juni in Hamm beschlossen. Die REP wollen dabei flächendeckend Direktkandidaten aufstellen.

Berlin – Hinter den den im Thule-Mailbox-Netz agitierenden Pseudonymen „pitti88“ und „Pittiplatsch“ versteckt sich – so sceneinterne Informationen – der Berliner Neonazi und Anti-Antifa-Aktivist Oliver Schweigert (geb. am 29. November 1968 in Berlin), der sich u. a. bei der FAP, der „Nationalen Alternative“, der „Deutschen Alternative“ und den „Nationalen“ engagierte. Schweigert, der beim Neonazi-Aufmarsch am 1. März in München zugegen war, ist u. a. als Leserbriefschreiber in den HNG-Nachrichten und Abonnent des „NS-Kampfrufs“ der NSDAP/AO bekannt. Aufgeführt war Schweigert auch im Adreßbuch von Michael Kühnen.

Berlin – Die „Heimattreue Jugend e.V.“ führt vom 31. Juli bis zum 10. August in Mittelfranken an der Tauber ein Sommerlager durch. Anmeldungen nimmt u. a. eine Diana Schulz, Berlin, entgegen.

Bingen/Starnberg – Ein neues Forum hat sich der rechtsextreme Strategie und „Friedensforscher“ Alfred Mechtersheimer auserkoren. Als Autor und presserechtlich Verantwortlicher ist er nun auch in dem rechtsextremistischen und antisemitischen Pamphlet „Unabhängige Nachrichten“ (Ausgabe 6/97) vertreten.

Bremen – Von der rechtsextremen Zeitschrift „Einheit und Kampf“ liegt eine neue Ausgabe vor. Die Auflage des den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) nahestehenden Periodikums liegt nach Eigenangabe bei 3.000 Exemplaren. Schriftleiter ist seit Anfang des Jahres der vorbestrafte Neonazi Markus Privenau (31). Privenau war in den 80er Jahre Mitglied der JN und später FAP-Landesvorsitzender in Bremen. Der Redaktion des „revolutionären Magazins für Nationalisten“ gehören weiterhin Steffen Hupka, der JN-Bundesvorsitzende Holger Apfel, Stefan Bach und Tobias Thingsen (vgl. BNR 5/97) an. Enthalten sind u. a. Berichte zur Münchner Demonstration „gegen die diffamierende Wehrmachtsausstellung“, zur zweiten „Demonstration gegen Drogenfreigabe in Schleswig-Holstein“ und über einen norddeutschen „Kongreß des nationalen Widerstandes“. Unter den Autoren befinden sich auch Christian Worch (Kopf der verbotenen „Nationalen Liste“), der frühere FAP-Landesvorsitzende von NRW Erhard Kemper alias „Germanicus“ sowie die JN-Funktionäre Jürgen Distler und Sascha Roßmüller.

Edenkoben – Der einstige REP-Kreisvorsitzende von Mannheim, Wolfgang Maikranz, Hauptfeldwebel der Reserve, hat der Bundeswehr mit Schreiben vom 28. Mai sein Ausscheiden erklärt. In seiner Begründung führt Maikranz, stellvertretender Bundesvorsitzender des „Bundes für Gesamtdeutschland“ (BGD) und Leiter des „Arbeitskreises Verfassung Schlesien“ an, daß durch die bevorstehende Ost-Erweiterung der NATO „das an uns Vertriebenen begangene Unrecht zu Recht erklärt werden“ würde: „In einem Verteidigungsfall müßte die Solidargemeinschaft NATO ja auch das Territorium der Republik Polen verteidigen. Die Republik Polen hält aber seit über 50 Jahren Schlesien und andere ostdeutsche Länder widerrechtlich fest.“

Eningen (Kr. Reutlingen) – Im Frühjahr war im „Eninger Heimatboten“ eine Anzeige der JN-Ortsgruppe („Die nationale Jugend kämpft für Volk und Vaterland!“ erschienen (vgl. BNR 10/97). Daneben fand sich in dem regionalen Wochenblatt im April auch eine Presseerklärung. Angekündigt wurde neben regelmäßigen Treffen am Wochenende in der NPD-Villa (vgl. BNR 4/97) ein „breites Programm mit Lager und Fahrt, Erlebnisferien, Anleitung zu selbständiger Freizeit- und Feiergusaltung sowie freiwilliger Weiterbildung und Jugendreisen in die deutschen Heimatgebiete jenseits von Oder und Neisse“. Verwiesen wurde auch auf den „völkischen Ursprung“ der Aktivitäten. Unterzeichner der Presseerklärung war ein Andreas Tilmann-Fauss. Die NPD bestreitet nun, überhaupt die Anzeige im „Eninger Heimatboten“ geschaltet zu haben und verweigert die Begleichung der Rechnung. Der NPD-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Hartmut Hildebrandt, erklärte, die Anzeige sei in „betrügerischer Absicht“ aufgegeben worden. Der Unterzeichner sei der NPD nicht bekannt. Der Landesverband wittert eine Manipulation zuungunsten der NPD.

Hamburg – Der „Bund Freier Bürger“ lud jetzt in Hamburg zu drei Veranstaltungen mit seinem Vorsitzenden Manfred Brunner ein. Thema waren jeweils die „Einführung des Euro“ und die BFB-Vorbehalte dagegen. Der „Bund Freier Bürger“ will nach Auskunft von Brunner auch an den Hamburger Bürgerschaftswahlen im September teilnehmen. Verantwortlich für die Brunner-Auftritte, von denen einer nach massiven Protesten schließlich abgesagt wurde, zeichnete der Landesbeauftragte Kristof Berking. Die letzten BFB-Aktivitäten in Hamburg datieren aus dem Jahr 1994, als bei den Europawahlen Jörg Haider als Gastredner auftrat. Rund um den Auftritt kam es zu Tumulten und Polizeiübergriffen auch gegen Journalisten. Ein Untersuchungsausschuß in Hamburg dazu war die Folge. Die Vorgänge waren ein Teil der schweren Krise der Hamburger Polizeiführung.

Hannover – Der Verfassungsschutz darf künftig die niedersächsischen „Republikaner“ beobachten. Das hat das Oberverwaltungsgericht (OVG) in Lüneburg entschieden. Niedersachsen ist das letzte Bundesland, dem jetzt die Observation ermöglicht wurde. Das Urteil, dessen Begründung aussteht, ist noch nicht rechtskräftig. Der rund 600 Mitglieder starke REP-Landesverband kündigte Revision an. Der Rechtsstreit zwischen dem Land und den REP läuft wie die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“

(28. Juni) berichtet, seit fast vier Jahren. Damals hatten die REP geklagt, weil sie die im niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz genannten Bedingungen für eine Observierung als nicht erfüllt ansahen. Das OVG gab der Partei recht und wies die Berufung des Landes zurück. Daraufhin erkannte das Bundesverwaltungsgericht in Berlin auf „Verfahrensfehler“ und hob das Urteil auf. Jetzt entschied der 13. Senat zugunsten des Landes. Den Weg dazu ebnete das im April 1995 novellierte Verfassungsschutzgesetz. Nun reiche schon der Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit für eine nachrichtendienstliche Beobachtung aus, so der Senatvorsitzene Eckart Dembowski.

Halstenbek (Kreis Pinneberg) – In Halstenbek nahe Hamburg ist der „Nord-Versand“ ansässig. Der „Nord-Versand“ vertreibt rund sieben Dutzend verschiedene Musiktitel aus der rechtsextremen Szene. Zu den Verkaufshits zählen nationalistische Gruppen wie „Kraft durch Froide“, „Nordwind“, „Sturmgesang“ oder „Ultima Thule“. Anfang der 90er Jahre bis kurz vor dem FAP-Verbot im Februar 1995 befand sich unter dieser Postfachadresse die FAP-Geschäftsstelle in Halstenbek. Geschäftsführer und FAP-Landesvorsitzender von Schleswig-Holstein war Glenn Goertz. Bruder André Goertz (28) amtierte als FAP-Landesvorsitzender von Hamburg und leitete die Rechtsabteilung des FAP-Bundesvorstands. Der Jura-Student verließ im Dezember 1994 die FAP und näherte sich den „Jungen Nationaldemokraten“ an. Von 1995 bis 1997 gehörte er der Redaktion von „Einheit und Kampf“ an.

Lübeck/Duderstadt – Die Serie von vermutlich von rechtsextremer Seite begangener Anschläge auf kirchliche Einrichtungen in Norddeutschland will nicht abreißen. Von Ende Mai bis Anfang Juli wurden sieben Brandanschläge oder Sachbeschädigungen gegen Kirchen begangen. Am 25. Mai begann die Anschlagsserie mit der Brandstiftung in der Lübecker St. Vicelin-Kirche, am 4. Juni wurde ein Brandanschlag mit Hakenkreuzschmierereien auf die Hamburger Christianskirche verübt, wenige Tage später brannte es in der Huser Christuskirche, am 19. Juni wurde in einer Krankenhauskapelle in Hamburg-Altona ein Hakenkreuz in die Altardecke gebrannt, am 25. Juni fanden sich Hakenkreuzschmierereien an der Lübecker Jakobikirche, in der Nacht zum 29. Juni wurde im Gemeindehaus der St. Augustinus-Gemeinde in Lübeck Feuer gelegt, zwei Tage später die St. Cyriakus-Kirche in Duderstadt mit Haken-

kreuzen beschmiert. Adressat der Anschläge in Lübeck war in mehreren Fällen offensichtlich der evangelische Pastor Günter Harig, dessen Gemeinde Flüchtlingen Asyl gewährt.

Remscheid – Neu im Internet vertreten ist die 1968 gegründete rechtsextreme „Ver-einigung Gesamtdeutsche Politik e.V.“ (VGP), deren zweimontlich, im 30. Jahrgang erscheinende Publikation „Deutschland – Schrift für neue Ordnung“ (Auflage: ca. 500 Exemplare) abrufbar ist. Leiter der 100 Mitglieder zählenden VGP ist der pensionierte Studiendirektor Ernst Günter Kögel, der 1990 wegen der Leugnung des industriell betriebenen Massenmordes von Juden zu einer Geldstrafe von 12 600 Mark verurteilt wurde.

Rottweil – Ein „Freundeskreis Franz Schönhuber“ hat sich laut Mitteilung von „Nation+Europa“ (NE) in der Region Schwarzwald–Baar–Heuberg gebildet. Den Vorsitz soll der „Republikaner“ Otto Mager innehaben, stellvertretend steht ihm der Spitzenfunktionär der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“, Jürgen Schützinger, zur Seite. Auf einer ersten internen Versammlung, auf der laut Angaben von NE 120 Interessenten anwesend waren, konnte Franz Schönhuber in Begleitung seines Verlegers Gert Sudholt bereits seinen Einstand geben.

Tübingen – In den Tübinger CDU-Vorstand ist nach einem Bericht der „Stuttgarter Zeitung“ (7. Juni) mit Karl-Jürgen Förster ein Mitglied der von rechtsaußen politisierenden Psycho-Sekte „Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis“ (VPM) gewählt worden. Wie die „Stuttgarter“ anmerkte, ist es das erste Mal, daß dem VPM der Sprung in ein solches Gremium gelang.

Wiesbaden/Künzell – Der hessische Landesverband der „Republikaner“ hat auf dem Parteitag in Künzell bei Fulda den Juristen Haymo Hoch in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt. Auch die stellvertretenden Landesvorsitzenden Olaf Enderes

Adresse:

und Michael Langer wurden erneut in ihre Ämter gewählt. Neue stellvertretende Landesvorsitzende sind Bert-Rüdiger Förster und Manfred Thierau.

Ausland

Frankreich (Vitrolles) – Der Front National hat in Vitrolles gewerkschaftlichen, gemeinnützigen und linksgerichteten Vereinen die Subventionen gestrichen. Bezuschußt werden künftig nach einem Beschluß des von den Rechtsextremen beherrschten Stadtrats verschiedene rechtsgerichtete Organisationen. Bürgermeisterin von Vitrolles ist seit vergangenen Februar Catherine Mégret, Ehefrau des FN-Chefideologen. Mégret muß sich seit 30. Juni vor dem Strafgericht in Aix-en-Provence wegen des Vorwurfs rassistischer Äußerungen verantworten. Für Ehemann Mégret führt die französische Justiz einen „Hexenprozeß“ gegen seine Frau.

Gibraltar – Die 85. Ausgabe (Auflage nach Eigenangaben: 10 000 Exemplare) der antisemitischen Hetzpostille „Halt“, gegründet und bisher herausgegeben von dem österreichischen Neonazi und Holocaustleugner Gerd Honsik (hat sich vor Jahren nach seiner Verurteilung nach Spanien abgesetzt hat), wird nun im Namen einer „Editorial Wheatecroft Associates Limited“ mit Sitz in Gibraltar herausgegeben und verlegt. In der aktuellen Ausgabe findet sich ein „Offener Brief“ an einen Schweinfurter Staatsanwalt namens Göbhardt, der gegen den in Spanien lebenden Holocaustleugner Otto Ernst Remer wegen Volksverhetzung ermittelt. Gegen den Staatsanwalt werden direkte Drohungen ausgesprochen; so werde der Tag kommen, an dem er seinem Richter zugeführt werde.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25 99 36 41, Fax 25 99 36 54

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstraße 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 951 04 16, Fax 31 45 23

Satz und Lithos:
Vorwärts Verlag Berlin; Heidemarie Lehmann

Herstellung:
OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten